

Interfraktioneller Antrag

Tübingen, 12.10.2012

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Neuordnung der Entschädigung für die Gemeinderatstätigkeit zu erstellen. Die Vorschläge berücksichtigen eine Gesamterhöhung der Entschädigung auf umgerechnet ca. 400 Euro pro GR-Mitglied, die im nächsten Haushalt etatisiert wird. Es werden verschiedene Variationen durchgerechnet, die jeweils einen der folgenden Aspekte berücksichtigen:

- Pauschale für Fraktionsgeschäftsführung
- Erhöhung des Zuschusses für die Betreuung von Kindern und Angehörigen
- Erhöhung der allgemeinen Pauschale
- Erhöhung der individuellen Sitzungsentschädigung

Begründung:

Die Gemeinderatstätigkeit ist ein umfangreiches und verantwortungsvolles Ehrenamt. Es wird immer schwieriger, Personen zu finden, die neben Beruf und Familie diese Aufgabe für die kommunale Gemeinschaft auf sich nehmen. Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, Studierende oder Selbständige bedeuten die Sitzungen häufig direkte Einkommenseinbußen.

Im Vergleich zu anderen Städten erhalten die Gemeinderatsmitglieder in Tübingen eine besonders geringe Entschädigung.

Für die Fraktion AL/ Grüne
Ulrike Baumgärtner

Für die CDU Fraktion
Dr. Albrecht Kühn

Für die SPD-Fraktion
Amely Krafft